

Haushaltsrede 2009

gehalten in der Ratssitzung am 01.04.2009 von Klaus-Dieter Bartel

Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer,

der Zusammenbruch der Finanzmärkte erschütterte im vergangenen Herbst die Welt. Die verheerenden Auswirkungen zeichnen sich langsam ab, aber Auswege aus der durch eine verantwortungslose Geldwirtschaft entstandenen Krise sind – wenn überhaupt - nur in groben Umrissen erkennbar. Klar ist für uns: das Dogma „Privat vor Staat“ – also die Überzeugung, dass Private ihren Job grundsätzlich besser machen – hat seine Glaubwürdigkeit restlos eingebüßt.... Aber, wie weiter ?

Auch für die Kommunen wirft die Finanzkrise Fragen auf, für die es keine einfachen, auf ihre Wirkung hin überprüften Antworten gibt. So erhöht das Konjunkturpaket II die Staatsverschuldung und signalisiert durch die Vergabebedingung der „Zusätzlichkeit“, dass nur Mehrausgaben und eben nicht Sparen aus der Krise führen. In dieser Logik wäre es dann kontraproduktiv, wenn die Stadt Hilden Leistungen einschränkt oder Investitionen vertagt. Aber was, wenn das Konjunkturprogramm die Hoffnungen nicht erfüllt? Dann stehen Bund, Länder, Gemeinden und damit jeder einzelne Bürger mit noch höheren Schulden da, die ein eisernes „Gürtel enger schnallen“ unumgänglich machen. Politisches Handeln in Zeiten der Krise ist eben mit hohen Risiken verbunden – Scheitern bei bester Absicht nicht ausgeschlossen!

Wie bereits in den vergangenen Jahren profilieren sich die Grünen auch diesmal nicht als „Obersparschweine“. Für uns ist aber wichtig, dass alle größeren Ausgaben das Kriterium der „Zukunftsfähigkeit“ erfüllen. Diesen Anspruch genügen in erster Linie Investitionen im Bereich des Klimaschutzes und der Bildung. So gesehen werden beim Konjunkturpaket II die Schwerpunkte grundsätzlich richtig gesetzt – wobei wir natürlich einzelne Maßnahmen wie z.B. die Abwrackprämie kritisieren.

Keine oder unzureichende Maßnahmen gegen die Erderwärmung kosten - nach Berechnung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung – unserem Land in nächsten 40 Jahren bis zu 800 Mrd €. Die Folgen für viele Länder der so genannten III. Welt sind sogar existenziell. Eine falsche, unterfinanzierte Bildungspolitik führt nicht nur zu Wettbewerbsnachteilen Deutschlands im Sinne der Pisa-Studie. Wichtiger noch: ungleiche Bildungschancen, z.B. durch das frühe Aussortieren von Kindern, spaltet eine Gesellschaft und riskiert mittelfristig ihren Zusammenhalt. Zu den Themen im Einzelnen:

Die Bemühungen um Klimaschutz und Energieeinsparung können in Hilden nur bedingt überzeugen. Da wo „schnelle“ und „umfassende“ Lösungen vonnöten sind, wird häufig gezögert, vertagt, abgewartet und auch abgelehnt. Hierzu zwei Beispiele:

Wir begrüßen die Entscheidung, in Zukunft 40 % des städt. Verbrauchs durch „echten“, also erneuerbare Energien fördernden Ökostrom zu decken. Die Zertifizierung nach dem „Ok-Power“-Label betrachten wir zwar nicht als perfekte Lösung, aber akzeptablen Kompromiss. Dass zwischen grundsätzlicher Zustimmung (Frühjahr 2008) und Realisierung (Januar 2010) fast zwei Jahr liegen, kann dagegen nur verwundern.

Unverständlich ist auch, dass sich Rat und Verwaltung immer noch gegen eine engmaschige Bilanzierung der Verbräuche der städt. Liegenschaften im Rahmen eines Energieberichtes sträuben. Die umfassende Bestandsaufnahme ist „A und O“ jeder energetischen Optimierung – nur sie deckt strukturelle Schwachstellen auf und bietet so die Grundlage von Einsparzielen. Kann ein Energiebericht nicht von der Verwaltung selbst verfasst werden, ist professionelle Hilfe einzukaufen. Diese zahlt sich im Endeffekt auf jeden Fall aus! Wir hoffen in Zukunft auf etwas mehr Ehrgeiz und Tatendrang in Sachen Klimaschutz – trotz kaltem Winter und relativ niedrigen Ölpreisen ist Energieknappheit und Klimawandel eine unumstößliche Realität.

Das Ziel, unsere Bildungseinrichtungen zu stärken, zu verbessern und auszubauen, findet in Hilden erfreulicherweise breite Zustimmung. Auch machen sich die Fraktionen Gedanken darüber, wie sie Familien finanziell entlasten und den Anteil der Jungen und Mädchen, die einen Kindergarten besuchen, erhöhen können. So weit so gut !

Bekannte „ideologische Gräben“ tun sich jedoch auf, wenn es um das Thema Gesamtschule geht. Immer noch wird von CDU und FDP ein frühzeitiges Aussortieren der Schülerinnen und Schülern im Alter von 9, 10 Jahren verteidigt. Die Einführung von G 8 durch die schwarz-gelbe Landesregierung versperrt zudem Hauptschülerinnen und -schülern die letzten Aufstiegswege.

Diese offensichtliche Bildungsungerechtigkeit – unter der besonders Migrantenkinder leiden – ist ein speziell deutsch-österreichisches Phänomen und wird vom Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für das Recht auf Bildung gar als „Menschenrechtsverletzung“ gebrandmarkt.

Nur noch 19 Jungen und Mädchen – also weniger als 3 % eines Jahrganges - wurden in Hilden von ihren Eltern an der Hauptschule angemeldet. Die Mütter und Väter haben anscheinend die Zukunftsaussichten ihrer Kinder realistisch vor Augen. Sie schicken ihre Sprösslinge daher lieber zur Bettina v. Arnim-Gesamtschule nach Langenfeld. Diese muss aber in diesem Jahr knapp die Hälfte der Hildener Bewerberinnen und Bewerber abweisen. Wir fordern deshalb eine weitere Gesamtschule für den Bereich Hilden, Haan, Erkrath und Mettmann. Mit unserem Antrag, dazu eine umfangreiche Elternbefragung durchzuführen, die auch verschiedene Standortalternativen einbezieht, scheiterten wir im Ausschuss für Schule, Sport, Soziales! Irritierend der von der Verwaltung immer wieder vorgebrachte Hinweis auf unsere intakte Schullandschaft, die wir nicht durch eine Gesamtschule vor Ort aufs Spiel setzen dürften. Wir sind der Überzeugung, dass Elternwille und Chancengerechtigkeit auf jeden Fall oberste Priorität genießen. Eine Schule im Hildener Norden, die ein langes gemeinsames Lernen ermöglicht, ist für uns daher kein Tabu !

Haushaltsreden sind immer auch Anlass, auf anstehende Projekte einzugehen und dazu Position zu beziehen.

Vorweg eine grundsätzliche Bemerkung: Der Stadt Hilden stehen fast 4,4 Mio € aus dem Konjunkturpaket II zur Verfügung. Neben der allgemeinen Verwirrung hinsichtlich der Förderungsrichtlinien herrscht nun wirklich kein Mangel an Ideen, wie dieses Geld verausgabt werden könnte. Diese reichen von der Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes, über Sporthallenneubau bzw. -sanierung bis hin zu Schallschutzmaßnahmen an der Eisenbahnlinie. Die Stadtverwaltung sollte daher eine Prioritätenliste tatsächlich förderungsfähiger Projekte vorlegen, die dann die Grundlage von Fraktion- und Ausschussberatungen bildet. Eine Entscheidung zum jetzigen Zeitpunkt ist – da sind wir uns wohl einig - weder sinnvoll noch möglich.

Dies gilt für uns aber auch für die heiß umstrittene Dreifachsporthalle. Wir haben uns von

den Schulleitern überzeugen lassen, dass dafür im Holterhöfchen ein entsprechender Bedarf – Stichwort „mehr Schulsport im Rahmen des Ganztagsbetriebs“ - besteht. Doch wollen wir erst einmal abwarten, wie sich das Konjunkturpakt II und die Finanzkrise auf unsere Haushaltslage auswirken. Erst dann sollten wir einen Beschluss fassen, ob, wann und wie teuer gebaut werden kann. Im Schnellverfahren 2 Mio € in die kleine, stark sanierungsbedürftige Fabriciushalle zu stecken, halten wir für keine überzeugende Alternative. Was die Verwendung des Geländes an der Albert-Schweitzer-Schule betrifft, unterstützen wir Vorschläge, einen städtebaulichen Wettbewerb durchzuführen. Eine durchmischte Nutzung – freier und öffentlich finanzierter Wohnungsbau, Grünzüge, Bolzplatz, etc. – halten wir an diesem Standort für sinnvoll. Hier könnte eine Mustersiedlung entstehen, die durch Passivhausbauweise, Nutzung von Erdwärme, etc. hohe ökologische Standards erfüllt und über die Grenzen Hildens hinaus Vorbildcharakter erlangen könnte. Eine schnelle Vermarktung des Geländes auf Kosten hoher Qualitätsanforderungen lehnen wir ab. Auf eine Base- und Softballanlage im Hildener Westen sollte dagegen verzichtet werden. Dieses Projekt, das sich weiterhin durch eine völlig ungeklärte Parkplatzfrage und viele andere Probleme auszeichnet, zerstört wertvollen Freiraum im Außenbereich, direkt an der Stadtgrenze zu Düsseldorf. Auch scheint das Vorhaben aus sportlicher Sicht nicht notwendig zu sein, denn keine zwei Kilometer weiter befindet sich auf Benrather Gelände bereits eine entsprechende Anlage.

Andere Vorhaben sind für uns wünschenswert, müssen aber nicht ad hoc realisiert werden. So sollte das alte Schulgebäude hinter dem Weiterbildungszentrum bald abgerissen werden, die Schaffung eines kleinen Parks und von weiteren Stellplätzen eilt hingegen nicht. Auch die Idee, an der Ecke Eller- / Benratherstraße ein Museum zu errichten, wird noch einige Jahre nur ein „kommunalpolitischer Traum“ sein. Nach geeigneten Zwischenlösungen für die öffentliche Präsentation der Fabry-Sammlung sollte daher gesucht werden. Grundsätzlich ist zu prüfen, ob wir für ein „Medizinhistorisches Museum“ mit einer finanziellen Unterstützung vonseiten des Landes, des Landschaftsverbandes, etc. rechnen können.

Ein zeitgemäßes, den geänderten Familienstrukturen angepasstes Projekt ist für uns die Schaffung eines Mehrgenerationenhauses in der Innenstadt, wie es von der MÖWE angestrebt wird. Wir freuen uns, wenn sich Bürgerinnen und Bürger unterschiedlicher Herkunft, unterschiedlichen Alters und – ich betone - mit einem unterschiedlichen finanziellen Hintergrund für eine neue, solidarische Wohnform engagieren. Schade finden wir, dass die Unterstützung durch die Verwaltung eher mager ausfällt. Schade auch, dass das Projekt mitten in die Auseinandersetzung um das Gelände hinter dem Weiterbildungszentrums geraten ist.

Die Grünen werden weiterhin darauf drängen, auf dem alten AWO-Gelände ein Generation übergreifendes Wohnprojekt zu verwirklichen und erinnern an die ermutigenden Signale, die noch im Herbst dazu von den Fraktionen ausgesandt wurden. Klar ist für uns auch: Wenn wir solche Vorhaben ernsthaft unterstützen wollen, können wir nicht Grundstückspreise in Höhe des Verkehrswertes verlangen. Denn dies führt unweigerlich zu hohen Mieten, die sich Menschen mit schmaleren Geldbeuteln einfach nicht leisten können.

An dieser Stelle kann ich Ihnen nicht ersparen, noch einmal auf die wichtigste Entscheidung dieser Wahlperiode einzugehen: der Teilprivatisierung unserer Stadtwerke.

Im letzten Jahr wurde bekannt, dass die vier großen Stromkonzerne, darunter auch EnBW - die Mutter der Stadtwerke Düsseldorf - innerhalb von fünf Jahren ihre Gewinne verdreifachten; natürlich auf Kosten der privaten Haushalte. Die Diskussion um die Stromriesen erreichte auch die Bundesregierung. So macht sich Bundesumweltminister Sigmar Gabriel

für eigenständige kommunale Stadtwerke stark, indem er schreibt: „Wettbewerb braucht Wettbewerber, und kommunale Unternehmen sind in den zu Oligopolen neigenden Märkten wichtige Akteure“. Und weiter „Unser Land ist auf den Beitrag der Stadtwerke angewiesen, um der Konzentration auf dem Energiemarkt entgegenzuwirken und die Energiewirtschaft weiter zu einer Energiedienstleistungswirtschaft umzugestalten“. Und der Präsident des Verbandes kommunaler Unternehmer e.V. freut sich in der gleichen Publikation darüber, dass in der Kommunalpolitik ein Umdenken „weg vom Paradigma der Privatisierung“ stattgefunden hat.

Dieser politische Diskurs wurde in Hilden einfach ausgeblendet. Was es für unsere Stadt, aber auch für unser Land bedeutet, einen Stromriesen als strategischen Partner ins Boot zu holen und dessen Machtstellung damit weiter zu stärken, fand bei den Verkaufsbefürwortern keine Beachtung. Die politische Auseinandersetzung im Rat drehte sich dann auch hauptsächlich um Formalien, Stieffragen, Geheimhaltungspflichten und angebliche Gesetzesverstöße auf Seiten der Privatisierungsgegner. Der Vielschichtigkeit des Themas wurde man damit nicht gerecht. Hier wurde die Chance vertan, bei einer wirklich wichtigen Frage leidenschaftlich um die besseren Argumente zu ringen.

Es bleibt die Hoffnung, dass der Rat aus der Finanzkrise die richtigen Konsequenzen zieht und weitere Privatisierungspläne endgültig zu den Akten legt. Die CDU hat bereits erklärt, bei der Stadtentwässerung nicht nach einem strategischen Partner Ausschau zu halten. Sie verweist dabei auf schlechte Erfahrungen mit Privatisierungen in anderen Städten. Sollte sich die Einsicht, dass wir keine starken Partner sondern vielmehr eine starke Kommune brauchen, bei den Fraktionen über den Wahltag hinaus durchsetzen, würde uns das freuen.

Ich komme zum Schluss. Der vorliegende Haushalt trägt zu wenig grüne Handschrift – daher lehnen wir ihn ab!

Es gilt das gesprochene Wort!
